

**Rede von Landrat Sven-Georg Adenauer
zur Einbringung des Entwurfs des Kreishaushaltes 2020
in der Kreistagssitzung am 25.11.2019
– Es gilt das gesprochene Wort –**

Meine Damen und Herren,

wir bringen heute den Entwurf des Kreishaushaltes 2020 in die politischen Beratungen von Kreistag und Ausschüssen ein, den letzten in dieser überlangen, sechseinhalbjährigen Wahlperiode des Kreistages. Der am 2. März zu verabschiedende Haushalt ist damit sinnbildlich der Staffelstab, den wir an den neuen Kreistag übergeben, der sich in einem Jahr, am 30. November 2020, konstituieren wird.

Der Haushalt ist nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch als Leistungskatalog des Kreises ein alljährlicher Gradmesser, ob wir als politische Vertretung des Kreises der Verantwortung des uns übertragenen demokratischen Mandats gerecht werden.

In den vergangenen zwölf Monaten hat dies vor allem die intensive Debatte um den Klimawandel in Frage gestellt. Landauf, landab, auch in unserem Kreis, sind freitagsvormittags Schülerinnen und Schüler, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene auf die Straße gegangen, um einen intensiveren Kampf gegen Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels zu fordern und die Verantwortlichen, die Erwachsenen, wachzurütteln.

Was Wunder, dass die Klima-Debatte in der öffentlichen Wahrnehmung beinahe jedes andere politische Thema überlagert, von der Bundes- bis zur kommunalen Ebene. Es ist ein regelrechter Klima-Hype in den Medien, der Öffentlichkeit und erst recht in der Politik entstanden, eine regelrechte Klimahysterie, die in der Forderung nach einer Erklärung des Klimanotstandes gipfelt, als stehe morgen der Weltuntergang bevor und als sei damit der Eingriff in Bürgerrechte gerechtfertigt.

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich spreche niemandem das Recht ab, auch den demonstrierenden Schülern nicht, für die eigenen Überzeugungen auf die Straße zu gehen und andere wachzurütteln zu wollen.

Wer als Schüler an einem Freitagvormittag auf die Straße geht, muss sich aber schon die Frage gefallen lassen, ob es legitim ist, dafür die Schule zu schwänzen. Wäre es nicht lösungsorientierter, sich stattdessen mehr mit den naturwissenschaftlichen Fächern zu beschäftigen, um in einigen Jahren als tüchtige Ingenieurin oder tüchtiger Ingenieur Innovationen zugunsten des Umwelt- oder Klimaschutzes zu entwickeln? Statt „Fridays for future“ besser „Montage mit MINT“?

(Anrede) Es ist einfach, von anderen Verzicht zu verlangen, aber wie hält man es selbst damit? Das ist eine sehr zentrale Frage: Bin ich als Bürger selbst zum Verzicht bereit, in dieser auf materiellen Konsum ausgerichteten Gesellschaft? Ich habe deshalb mehr als Zweifel, ob die Aufforderung zum Verzicht geeignet ist, dem menschengemachten Anteil am Klimawandel mit Erfolg entgegenzutreten.

Anscheinend teilen die Protagonisten der Klimaschutzdebatte diese Sichtweise, ziehen aber die falschen Schlüsse. Schon wieder – die GRÜNEN wie immer vorn dabei – werden Forderungen nach Verboten für dies und das erhoben. Ich entgegne: Wie könnt Ihr es wagen, immer nur mit Verboten zu kommen? How dare you! Einerseits wird die Mitwirkung des mündigen Bürgers gefordert, gleichzeitig soll derselbe aber – welch ein Widerspruch! – wegen seiner klimapolitischen Unreife bevormundet werden.

Wer stärkeren Klimaschutz will, muss auch beantworten, wer die Zeche zahlt. Das aktuelle Klimapaket der Bundesregierung zeigt dieses Dilemma deutlich auf: Verteuerung der Energie, auf der anderen Seite aber der Versuch, durch finanzielle Gutschriften die sozialen Folgen abzumildern. Wer auf Verzicht setzt, der muss letztendlich Teilen der Bevölkerung erklären, dass Heizen, Strom und Autofahren und auch die liebgewordene Urlaubsreise deutlich teurer werden. Die Klimadebatte hat deshalb auch eine soziale Dimension. Kann ein Umsteuern gelingen, ohne Wohlstand und sozialen Frieden zu gefährden? Ist Klimapolitik tatsächlich nur für die oft gutbetuchte Klientel zu der auch viele GRÜNE gehören akzeptabel?

Das Mädchen aus Schweden hat beim UN-Klimagipfel von uns sogar verlangt, in Panik zu geraten. Panik aber ist und war stets ein schlechter Ratgeber: Statt Hype und Hysterie, Verbreiten einer Endzeitstimmung und eine übersteigerte Emotionalität sollten wir lieber auf unseren Sachverstand und unsere Vernunft setzen!

Umsetzen ist nämlich schwieriger als fordern. Wie bei der Energiewende, einem entscheidendem Vorhaben: Wenn wir aus der Kernenergie und der Kohle aussteigen, gleichzeitig aber die Akzeptanz für den Ausbau der Windenergie und der Leitungstrassen fehlt, muss schon die Frage erlaubt sein, wo z.B. der Strom für die E-Mobilitätsoffensive herkommen soll! Es braucht Grundlast-Kraftwerke, Netze und vor allem Speicher. Es kann

nicht nur einen Weg geben; wir müssen auch Alternativen erforschen und marktreif machen, z.B. den sauberen, noch sparsameren Diesel oder den Wasserstoffantrieb. Erfindergeist und Ingenieurleistung sind jetzt gefragt!

Bei uns im Kreis Gütersloh steht der Klimaschutz schon lange oben auf der Agenda. Wir fangen nicht bei „Null“ an, wir haben in den vergangenen Jahrzehnten, auch mit großem finanziellem Einsatz, viel erreicht. Hierzu will ich Ihnen mal eine Anzahl wesentlicher Maßnahmen und Aktivitäten aufzählen:

- Erstellung einer kreisweiten Mobilitätsstrategie ab Juni 2015
- Mobilitätsbefragung und Teilnahme an Mobil.Pro.Fit
- Auszeichnung für nachhaltiges Mobilitätsmanagement
- Bevorstehende Aufnahme in die Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW
- Erstellung eines kreisweiten Alltagsradwegenetzes
- Mitgliedschaft im Zukunftsnetz Mobilität NRW
- Anteilige Finanzierung der Mobilstation am Bahnhof Rheda
- Anteilige Finanzierung für das Projekt „Dorfauto St. Vit“
- Pilotprojekt zum Mobilitätsmanagement im Gewerbegebiet Ravenna-Park Halle (Westf.)
- Projekt „Lass(t) uns laufen – weniger Elterntaxis an meiner Schule“ ab 2018
- Erweiterung der Radabstellanlagen an den Kreishäusern
- Teilnahme am Stadtradeln
- Aufstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes mit CO²-Bilanz
- Beteiligung an der Klimakampagne OWL
- Studie zur Nutzung der Windenergie in Vorranggebieten
- Einstellung einer Klimaschutzmanagerin
- Einstellung eines Mobilitätsmanagers
- Aufstellung eines Quartierskonzeptes für den Rheda-Wiedenbrücker Ortsteil Lintel
- Kreisweite Klimawochen ab 2015
- Entdeckerwochen ab 2017 mit mittlerweile 80 Veranstaltungen, Aktionen und Fortbildungen, ausgezeichnet als Projekt der Klimaexpo durch das Land NRW
- Heizungsaktion „Neue Wärme für Ihr Haus“
- Kreisweite Infotour „Photovoltaik + Wärmepumpe + Elektromobilität“
- Energiebericht für die kreiseigenen Liegenschaften
- Auszeichnung mit dem European Energy Award in Silber in 2010
- Auszeichnung mit dem European Energy Award in Gold 2013 und erneut 2016
- Seit über 10 Jahren „ALTBÄUNEU“
- Beteiligung am Prozess der REGIONALE

Eine aus meiner Sicht beeindruckende Liste für unser bisheriges Engagement in den letzten Jahren!

Es ist aber – das möchte ich bei aller Kritik am Klimahype betonen – angesichts des fortschreitenden Klimawandels – offenkundig nicht genug. Diese Feststellung ist mir wichtig: Als Christ in der Verantwortung für die Schöpfung und als Konservativer, der im Wortsinn bewahren möchte!

Klimaschutz ist für unseren Kreis nun wirklich kein neues Thema: Wir wollen einordnen, Fakten berücksichtigen und klären, mit welchen konkreten praktischen Maßnahmen wir unseren Beitrag leisten können. Dafür haben wir von Ihnen einen umfassenden politischen Auftrag erhalten.

Im nächsten Jahr steht die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes an. Klimafolgenanpassung und Suffizienz werden eine wichtige Rolle spielen. Unsere Initiative ALTBÄUNEU für Energieeffizienz im Privathaushalt werden wir fortsetzen und intensivieren. Wärmedämmung, Heizungsanlagen, Solardach, Kampagnen für grüne Dächer sind hier die Stichworte. Mit der Gebäuderichtlinie verfügen wir über die Grundlage für eine gezielte Sanierung unserer Liegenschaften und: Wir verbessern die Qualität des ÖPNV: Barrierefreiheit, Pünktlichkeit, Taktung und akzeptable Fahrpreise sind hier gefragt. Mit der Reaktivierung der TWE-Strecke wird in den nächsten Jahren eine zusätzliche zentrale Mobilitätsachse in unserem Kreis entstehen, dazu später mehr. Und wir machen den Radverkehr alltagstauglich. Unsere Mobilitätstrategie „**Mobilität stärken | Verkehr optimieren**“ gibt hier den Takt vor.

Zum **Landschaftsplan Gütersloh** wurden bereits intensive und kontroverse Diskussionen geführt. Das ist notwendig, denn mir ist bewusst, dass es angesichts der Debatten um Klima-, Gewässerschutz und Tierwohl für die Landwirte nicht einfach ist, sich mit dem Thema Landschaftsplan zu beschäftigen. Gleichwohl sehe ich im Landschaftsplan ein gutes Instrument zum Schutz und Erhalt unserer landwirtschaftlich geprägten Kulturlandschaft. Zugunsten dieses Zieles sollte es uns gelingen, einen Ausgleich zwischen den berechtigten

Interessen der Landwirtschaft, den Entwicklungsüberlegungen der Stadt Gütersloh und dem Naturschutz zu erreichen. Ein akzeptierter Landschaftsplan bietet langfristig Planungssicherheit für alle Seiten. Die Offenlegung des Entwurfes steht kurz bevor. Lassen Sie uns den konstruktiven Dialog weiterführen!

Mit ganz besonderer Freude kann ich heute als Landrat feststellen, dass vor wenigen Tagen die seit über 50 Jahren projektierte und geplante **A 33** vollendet wurde! Endlich, meine Damen und Herren, ist der Lückenschluss Geschichte und die Verbindung des ostwestfälischen Raumes mit den Nordseehäfen, über die A 30 mit den Niederlanden und über die A 44 mit dem Wirtschaftsraum in Thüringen und Sachsen hergestellt. Die Bedeutung für unsere Unternehmen und Betriebe und damit auch für die Sicherung bestehender und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wer die in den letzten Jahren geschaffenen Autobahnabschnitte entlang fährt, kann erkennen, dass damit eine wesentliche Weiche für eine positive wirtschaftliche Entwicklung gestellt ist.

Und mehr noch: Die mehr als notwendige und sehnlichst erwartete Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger in der Haller Innenstadt und an den Umleitungstrecken ist erreicht! Wir haben ihnen für die Geduld in diesen Jahren und Jahrzehnten zu danken! Von Vorteil ist der Lückenschluss auch unter Sicherheitsaspekten, denn über die A 33 oder die weniger belasteten Straßen erreichen Feuerwehr und Rettungsdienst zukünftig schneller ihre Einsatzorte, letzterer auch die Krankenhäuser in Bielefeld oder Osnabrück.

Bei anderen Infrastruktur-Projekten sind wir zwar noch nicht am Ziel, aber doch gut unterwegs: Durch die Aufnahme der **Reaktivierung der TWE-Strecke** in den ÖPNV-Bedarfsplan und das prioritäre Förderprogramm des Landes scheint die Finanzierung gesichert. Endlich können wir in Abstimmung mit den Kommunen entlang der Strecke in die Umsetzung einsteigen. Ich begrüße es sehr, dass VVOWL und NWL sowohl personelle als auch finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, um nicht einfach eine Reaktivierung der Schienenstrecke, sondern eine Mobilitätsachse zu entwickeln, die es leicht macht, das Auto einmal in der Garage stehen zu lassen. Wir wollen für dieses wichtige Projekt begeistern!

Eine wichtige Einrichtung für die Verkehrsinfrastruktur ist der **Flughafen Paderborn/Lippstadt**: Obwohl rd. 16 % aller Passagiere aus dem Kreis Gütersloh kommen, sind wir lediglich mit 8 % an der Gesellschaft und damit auch an den Betriebsergebnissen beteiligt. Nicht nur wegen der umfänglichen Nutzung für den Tourismus, sondern auch wegen seiner Bedeutung für die Wirtschaft ist der Flughafen ein wichtiger Standortfaktor für Kreis und Region. Deshalb hatte ich Ihnen vorgeschlagen, dem Finanzierungskonzept zuzustimmen und unseren Zuschuss auf 400.000 € zu erhöhen. Im Vergleich zu den jährlichen Kosten für die Straßen und Radwege des Kreises von rd. 3,1 Mio. € oder den ÖPNV mit fast 1,8 Mio. € halte ich den Deckungsbeitrag für den Flughafen durchaus für angemessen. Allerdings sehe ich auch die Wirtschaft in der Verantwortung: Denn wenn der Flughafen auf deren Wunsch mit hohen Anfangsinvestitionen Flugverbindungen organisiert, dann erwarte ich auch eine entsprechende Inanspruchnahme. Ich habe daher über den Aufsichtsrat Verhandlungen mit der Wirtschaft angestoßen.

Für den Wirtschaftsstandort Kreis Gütersloh beschreiten wir auch neue Wege: Erstmals hat der Kreis mit der pro Wirtschaft durch die Anfang 2019 gestartete Kampagne „GT heißt Geheimtipp“ in einer anderen Region, in Hannover, **Standortmarketing** für Technik- und IT-Fachkräfte betrieben. Erste Auswertungen zeigen, dass damit Aufmerksamkeit auf den Kreis Gütersloh und seine Unternehmen gelenkt werden kann. Auch der Campus der **Fachhochschule Bielefeld** nimmt eine sehr erfreuliche Entwicklung: Gerade auf dem Feld der Digitalisierung wird immer mehr Kompetenz in Lehre und Forschung aufgebaut. Und durch die Erweiterung und Erneuerung der langjährig bestehenden Stiftungsprofessur tragen wir zur weiteren Entwicklung deutlich bei. Wir haben eine klare Erwartung an das Land Nordrhein-Westfalen, die Finanzierung des Campus nachhaltig zu sichern.

Voran geht es auch mit dem **Breitbandausbau**, trotz des schwerfälligen und komplizierten Förderverfahrens. Ziel bleibt weiterhin der flächendeckende Ausbau mit Glasfaser für das Kreisgebiet. Bekanntlich haben sich Borgholzhausen, Harsewinkel, Langenberg, Rheda-Wiedenbrück, Schloß Holte-Stukenbrock, Steinhagen, Vermold und Werther (Westf.) unter Koordination der INFOKOM und des Kreises gemeinsam auf den Weg gemacht. Nach Eingang der Förderbescheide Mitte 2018 ist nun die erste Ausbaustufe in der Umsetzung. In Rheda-Wiedenbrück und Langenberg sind die Arbeiten weitgehend abgeschlossen – in den übrigen sechs Kommunen soll dies bis Mitte März 2021 erfolgen. Danach wird die zweite Ausbaustufe einsetzen. Für die Koordination dieses Ausbaus wurde unser Breitbandkoordinator Herr Dübner fest eingestellt; für die weitere Administration des aufwendigen Förderverfahrens mit den zu erwartenden Fördermillionen von Bund und Land benötigen wir jedoch noch eine weitere, auf fünf Jahre befristete Stelle. Die ist gut investiert!

Für die Daseinsvorsorge unserer Bevölkerung kommen wir auch auf dem Feld der Gesundheit ein großes Stück voran, uns zukunftsicher aufzustellen: Mit der erfolgreichen und einvernehmlichen Übernahme des Personals der Stadt Gütersloh und weiteren Einstellungen für die **Kreisleitstelle** werden wir künftig in der Lage sein, aus einer Hand zu steuern.

Die technische Entwicklung, aber auch gesellschaftliche und klimatische Entwicklungen machen es erforderlich, dass wir uns auch beim Brand- und Katastrophenschutz strukturell richtig aufstellen. Um den gestiegenen und weiter steigenden Anforderungen für den Schutz unserer Bevölkerung Rechnung zu tragen, ergibt es Sinn, Funktionen des Brand- und Katastrophenschutzes wie auch des Rettungsdienstes an einem Ort zu konzentrieren und zugleich Synergien mit der Tierseuchenbekämpfung zu heben. Deshalb benötigen wir auf Dauer ein zentral im Kreisgebiet gelegenes **Bevölkerungsschutzzentrum!** Für die heutige Sitzung habe ich Ihnen vorgeschlagen, den Weg für die Planung einer zentral gelegenen Einrichtung und zugleich für eine baldige Festlegung auf einen konkreten Standort frei zu machen. Mir ist dabei sehr wohl bewusst, dass der Stadt Rheda-Wiedenbrück mit der Feuerweherschule in St. Vit eine Einrichtung verloren geht, die dort über 40 Jahre verwurzelt war und entsprechende Wertschätzung genießt. Aber ich bin überzeugt, dass der dauerhafte Gewinn an Sicherheit für alle Einwohnerinnen und Einwohner im Kreis Gütersloh die Aufgabe dieses Standortes und die nicht unerheblichen Investitionen für ein zentrales Bevölkerungsschutzzentrum rechtfertigt.

Wechseln wir zu unseren Aufgaben bei Jugend, Schule und Soziales. Bei den Hilfen zur Erziehung treten momentan mehrere Effekte gleichzeitig auf: Dort sind steigende Fallzahlen und Kosten pro Fall zu verzeichnen. Besonders hoch ist der Anteil von alleinerziehenden Müttern oder Vätern, die oftmals auf Grund richterlicher Anordnung im Sorgerechtsverfahren mit ihren Säuglingen und Kleinkindern stationär untergebracht werden müssen. Zudem füllt die Jugendhilfe immer mehr die Lücken einer nur halbherzig umgesetzten Inklusion durch den Einsatz von Schulbegleitungen und: Die ausgelöste Sensibilität durch die abscheulichen Taten in Lügde wirkt sich auch im Kreis Gütersloh aus. Die steigende Geburtenrate und Zuwanderung verursacht nicht nur demografische und wirtschaftliche Effekte, sondern auch weitere Bedarfe bei den Hilfen zur Erziehung und in der Kindertagesbetreuung.

Für unsere **Förderschulen** werden wir wegen des teilweise massiven Anstiegs der Schülerzahlen in eine neue Schulentwicklungsplanung einsteigen müssen; an manchen Standorten sind die Kapazitätsgrenzen bereits überschritten. Diese Entwicklung zeigt nachdrücklich, dass das Festhalten an den Förderschulen der richtige Weg war. Hätten wir uns seinerzeit für eine Schließung der Förderschulen entschieden, stünden wir heute bei einem mühsamen Wiederaufbau vor deutlich größeren Problemen. Freuen wir uns, dass unsere Förderschulen eine so hohe Akzeptanz genießen: Die Eltern wissen ihre Kinder dort gut untergebracht.

Für das Berufskollegzentrum in Wiedenbrück haben wir uns bei einer Gesamtinvestition von 1,15 Mio. € aufgemacht, ein hochmodernes **naturwissenschaftliches Zentrum** zu schaffen, durch das Schülerinnen und Schüler wie auch die zahlreichen kleinen und mittelständischen Betriebe von einer qualitativ hochwertigen Ausbildung in den Naturwissenschaften profitieren. Bei der Bezirksregierung haben wir dazu einen Antrag auf eine 50%ige Förderung aus EFRE-Mitteln auf den Weg gebracht.

Ich komme zum **Jobcenter**: Mit 148,9 Mio. € Aufwand ein Schwergewicht im Haushalt und in der Kreisverwaltung. Noch übernimmt der Bund wesentliche Teile, ich ziele hier auf die flüchtlingsbedingten Unterkunftskosten ab. Und noch – trotz Konjunkturertrübung – nimmt der Arbeitsmarkt Suchende auf. Daher sind – statistisch betrachtet – derzeit keine sprunghaften Entwicklungen in die eine oder andere Richtung zu vermelden.

Sehr erfolgreich sind wir mit dem neuen **Teilhabe-Chancengesetz** gestartet. Bis zum Jahresende wollen wir rund 110 Arbeitsverträge fördern; dann werden 110 Menschen nach langen Jahren der Arbeitslosigkeit wieder arbeiten und Teil der Erwerbswelt, teilweise mit einer Perspektive von fünf Jahren. Dazu hat die Kreisverwaltung selbst mit der Veterinärabteilung, der Gebäudewirtschaft, dem Archiv, der Ordnungsabteilung und dem Jobcenter ihren Beitrag erbracht bzw. bringt ihn noch, denn neben bereits vier bestehenden Arbeitsverträgen wollen wir die fünf vom Kreistag bereitgestellten Vollzeit-Arbeitsplätze optimal ausnutzen.

Unser Jobcenter arbeitet kontinuierlich daran, leistungsfähiger, moderner und digitaler zu werden, auch als Vorreiter für die gesamte Verwaltung. Die elektronische Akte, die **Entwicklung erster digitaler Prozesse**, aber auch die Erklär-Videos, die inzwischen auch in Flensburg oder im Bodenseekreis eingesetzt werden, stehen für das Engagement und den Leistungswillen unseres Jobcenters – und für unsere Zukunftsfähigkeit als Verwaltung insgesamt. In dem Zusammenhang fand ich Ihre Äußerung am Samstag in der Glocke interessant und entlarvend zugleich, Frau Fülling, ich zitiere: „Es gibt im Kreishaus viele fachkompetente Menschen. Manche bleiben aber hinter ihren Möglichkeiten. Das wollen wir ändern.“ Nachdem Sie sich bereits respektlos über das Personal der Zulassungsstelle ausgelassen haben, äußern Sie sich nun erneut in nicht hinnehmbarer Art und Weise über meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Frau Fülling! Hier in der Kreisverwaltung bleibt niemand hinter seinen Möglichkeiten zurück! Jedenfalls nicht der der Verwaltung! Und was bedeutet, „Das wollen wir ändern“? Kandidieren Sie jetzt auch für das Landratsamt? Wenn nicht, dann sollten Sie jeden Versuch unterlassen, Verwaltungshandeln politisch zu beeinflussen. Ihre Äußerungen sind für mich staatspolitisch mehr als bedenklich.

Sie haben es den Medien entnommen: 32.000 Besucher haben im ersten Jahr das Museum Peter August **Böckstiegel** besucht. Unsere vorsichtige Schätzung hatte bei 12.500 gelegen. Wohl wissend, dass ein Anfangs-Neugier-Effekt dabei ist und die Zahlen sicherlich nicht auf dem Niveau bleiben, freuen wir uns über diesen Erfolg. Nun gilt es, das Museum weiter zu etablieren und die Qualität zu halten, die Besucher zu binden und das eigene Profil in der Museumslandschaft zu schärfen. Ich wünsche mir, dass die überparteiliche Einigkeit in diesem Hause ein tragendes Fundament bleibt. Vor allem gebührt Frau Behlert und Herrn Deimel, die die Geschäftsführung der Stiftung in einer mehr als arbeitsreichen Zeit getragen haben, Dank! Damit das Museum gut aufgestellt bleibt und dem großen Interesse gewachsen ist, braucht es mehr gut qualifizierte und hoch motivierte Menschen, die sich professionell für die Präsentation des künstlerischen Lebenswerkes von Peter August Böckstiegel einsetzen. Mit den Beschlüssen des Kreisausschusses vom 18.11. haben wir wichtige Weichen gestellt: Wir schaffen eine zusätzliche Stelle für die Geschäftsführung beim Kreis, die Administration und Finanzen in Personalunion abdeckt. Wir freuen uns auch darüber, dass die Gremien der Stiftung deren Satzung so geändert haben, dass wir heute vier zusätzliche Vertreter des Kreises in das Kuratorium entsenden können. Nicht zuletzt aufgrund unserer Bereitschaft, das Museum finanziell maßgeblich zu unterstützen, bezeugt diese Satzungsänderung die gegenseitige Wertschätzung von Kreis und Stiftung!

Auch sonst sind wir in Sachen **Kultur** nicht untätig, sondern mittendrin: Wir tragen zur Erinnerungskultur bei, in dem wir den Förderverein Stalag 326 unterstützen und uns bereit erklärt haben, bei der künftigen Trägerstruktur für die Gedenkstätte unter Leitung des Landschaftsverbandes mitzumachen. In Ostwestfalen-Lippe arbeiten wir interkommunal gut zusammen: Wir haben das neue Finanzkonzept der Nordwestdeutschen Philharmonie beschlossen, sind dem Netzwerk Klosterlandschaft OWL beigetreten und machen mit beim digitalen Vorzeigeprojekt „OWL Kultur Portal“. Danke, dass Sie diesen Weg mitgehen!

Ein Thema, das uns in der gesamten Kreisverwaltung bereits intensiv beschäftigt, ist die anstehende **Digitalisierung**, nicht nur in unserer Kernverwaltung, sondern auch den unterschiedlichen Fachlichkeiten. Zu Recht liegt ein besonderer Schwerpunkt auf unserer Abteilung Bildung, die sich der Herausforderung stellt, dass sobald wie möglich alle 18 **Kreisschulen** an 20 Standorten mit einer leistungsfähigen IT-Infrastruktur ausgestattet werden, d.h. mit der digitalen Vernetzung und schulischem WLAN in den Gebäuden und auf dem Gelände. An 13 Standorten ist die Ausstattung der Schulen mit IT-Infrastruktur bereits erfolgt oder gerade in der Umsetzung, auch dank des Förderpakets „Gute Schule 2020“. Für die anderen Standorte werden die entsprechenden Förderanträge in Kürze gestellt; ca. 3,6 Mio. € fließen aus dem Digitalpakt an den Kreis Gütersloh.

Damit die scheinbar unerschöpflichen Möglichkeiten der digitalen Welt Einzug in den Unterricht halten, ist eine Ausstattung mit Endgeräten wie Laptops, Notebooks und Tablets ebenso nötig wie die Fortbildung der Lehrer durch das Land NRW. Auch wenn das Land noch nicht alle offenen Rechtsfragen für den Einsatz von mobilen Geräten beantwortet hat, haben wir uns auf den Weg gemacht und mit der Ausstattung mit digitalen Endgeräten begonnen. Mit einem Test-WLAN und einem oder mehreren Klassensätzen an Tablets können alle Schulen den Unterricht in der digitalen Welt erkunden, ausprobieren und dabei wertvolle Erfahrungen sammeln. Die weitergehende Ausstattung muss in den kommenden Jahren nahtlos fortgeführt werden, damit wir die jungen Menschen gut auf eine digitale Arbeitswelt vorbereiten. Für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vor allem aber den IT-Support der regio iT ist das eine große Herausforderung, die nur mit anderen Herangehensweisen, zusätzlichen Personalressourcen bei der regio iT und in Zusammenarbeit von Schulen, regio iT und Schulträger angegangen werden kann. Die jüngste Vereinbarung mit der regio iT zum Serviceumfang birgt die Hoffnung, viele Probleme künftig besser zu bewältigen.

Für die **Verwaltung** selbst habe ich bereits im Juni 2018 mit meinen Führungskräften Leitlinien für eine erfolgreiche **Digitalisierung** festgelegt. Ziel ist insbesondere eine stärkere Ausrichtung der digitalen Dienstleistungen an den Bedürfnissen der Bürger. Gleichzeitig sollen auch Synergieeffekte erzielt werden, etwa im Hinblick auf den Fachkräftemangel. Auf dieser Grundlage wird derzeit ein Entwurf für eine Digitalisierungsstrategie erarbeitet, die wir Anfang 2020 mit Ihnen beraten und verabschieden wollen. Bereits 2019 haben wir einige Punkte umgesetzt, um den Aufgabenstellungen aus dem Onlinezugangsgesetz nachzukommen. Für 2020 resultieren daraus weitere bereits geplante Vorhaben: So werden wir – nach Einführung der E-Akte im Jobcenter in 2019 – weitere Abteilungen mit der elektronischen Akte versorgen. Das neue Serviceportal im Internet wird um digitale Dienstleistungen ergänzt und auch mit der Verarbeitung elektronischer Rechnungen werden wir den gesetzlichen Auftrag umsetzen. Die Digitalisierungsstrategie wird den Grundstein für die Vorhaben in den nächsten 24 Monaten legen. Deshalb sieht der Haushaltsentwurf 2020 eine Erhöhung des IT-Ansatzes vor. Auch in der mittelfristigen Finanzplanung muss dieser Ansatz kontinuierlich anwachsen, wenn wir den Weg zur Digitalisierung erfolgreich beschreiten wollen.

Personalwirtschaftlich können wir für 2020 festhalten, dass wir die Veränderungen im umlagefinanzierten Bereich nahezu stellenplanneutral darstellen können. Sicherlich, wir mussten und müssen einige Stellen schaffen – hierzu haben wir Sie in diesem Jahr sehr aktuell, d.h. frühzeitig über relevante Veränderungen informiert. Für bestimmte Stellen war auch eine Besetzung im Vorgriff auf den Stellenplan 2020 unumgänglich.

Dass Sie dies mitgetragen haben, dafür möchte ich mich nochmals bei Ihnen bedanken. Die übrigen Veränderungen haben wir zunächst als Mitteilungsvorlagen eingebracht, um Ihnen eine frühzeitige Beratung zu ermöglichen; entschieden wird dann mit der Verabschiedung des Stellenplans.

Auf der anderen Seite werden wir aber auch eine Vielzahl von Stellen wieder abbauen können. Sie sehen also, dass es im Stellenplan nicht nur in eine Richtung geht. Für mich und die Verantwortlichen in der Verwaltung gehört gerade das zu einem vertrauensvollen und ehrlichen Miteinander zwischen Kreistag und Verwaltung. Der Vollständigkeit halber muss ich allerdings darauf hinweisen, dass sich bei den Haushaltsberatungen wohl noch aktuelle Veränderungen ergeben werden, wie z.B. die Geschäftsführung für unser Böckstiegel-Museum oder beim nur sehr schwer abzuschätzenden Personalbedarf der Abteilung Jugend, der aus der ab dem 1. Januar hinzukommenden Aufgabe als Rehabilitationsträger resultiert.

Und einen weiteren Stellenbedarf muss ich Ihnen auch noch für unsere **Gebäudewirtschaft** vorlegen: Hier haben Sie uns bei der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes beauftragt, insbesondere die energetischen Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an den kreiseigenen Gebäuden vorzuziehen. Hierzu haben wir inzwischen eine erste Bedarfsermittlung vorgenommen und diese in den beiden Fachausschüssen und am vergangenen Montag im Kreisausschuss vorgestellt. Angesichts der dortigen Diskussion möchte ich nochmals ausdrücklich eins betonen: Es geht dabei im Wesentlichen nicht um akute Bedarfe, die in den nächsten zwei bis drei Jahren angegangen werden müssen, sondern es handelt sich dabei um kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen, die in einem Zeitraum von mindestens 10 Jahren umgesetzt werden können und eine Gesamtinvestition von rd. 30 Mio. € umfassen würden. Pro Jahr würde dies zusätzliche Mittel von zwei bis maximal drei Mio. € ausmachen – mehr Baumaßnahmen sind im laufenden Schulbetrieb auch nicht umsetzbar. Und: Ein solches Volumen ist beim besten Willen mit dem vorhandenen Personal nicht zu schultern, zumal auch noch die laufenden Förderprogramme wie etwa „Gute Schule 2020“ und der Digitalpakt zu bewältigen sind.

Und wir haben ja auch noch unsere beiden Großprojekte, nämlich den Neubau hier am Kreishaus und das ebenfalls notwendige, im kommenden Jahr zu bauende **Parkhaus**. Für Letzteres haben wir inzwischen den Bauantrag auf den Weg gebracht, wie von Ihnen beschlossen, mit einer erweiterten Photovoltaikfläche, damit nicht nur der Bau selbst, sondern auch die geplanten E-Ladesäulen „Saft“ in der Steckdose haben.

Auch beim erwähnten **Neubau** kommen wir gut voran: Vor einigen Tagen haben wir im Architektenwettbewerb einvernehmlich ein hervorragendes Siegermodell küren können. Wie dies und die eingereichten Modelle der Mitbewerber aussehen, werden wir der Öffentlichkeit in einer am 06.12.2019 beginnenden Ausstellung präsentieren. Im Hinblick auf die Klimadiskussion darf ich auch daran erinnern, dass wir uns vor dem Wettbewerb gemeinsam darauf verständigt haben, dass die Bausubstanz den Passivhausstandard zu erfüllen hat. Selbstverständlich wird für die weitere Umsetzung auch die neue Gebäuderichtlinie zu Grunde gelegt.

(Anrede) Soviel für heute von mir. Die Verwaltung, allen voran unser wirtschaftlich handelnder Kämmerer Herr Kleinebeker, die akribisch rechnende Abt. Finanzen mit Herrn Dewner an der Spitze und alle anderen sorgfältig und verantwortungsvoll planenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Ihnen wiederum ein dickes Paket an Zahlen, Daten und Leistungsbeschreibungen geschnürt, je nach Wunsch als Papierstapel mit über 2.800 Gramm Gewicht oder mit über 57 MB digitalem Speicherplatz. Viel Freude damit! Und für die, für die es vielleicht der letzte Haushalt als Kreistagsmitglied ist: Genießen Sie ihn noch einmal! Danke!